

# Cübecker Volksbote

## Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierseitlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen-Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitung oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Werbe- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23. 24. Jahrg. Sonnabend, den 27. Januar 1917.

## Die englischen Arbeiter und der Krieg.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der gegenwärtig in Manchester tagende Kongress der englischen Arbeiterpartei die Teilnahme von Mitgliedern der Partei an der Regierung gebilligt hat. Nun meldet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Die Mehrheit auf dem Kongress der Arbeiterpartei zugunsten der Teilnahme von Mitgliedern der Partei an der Regierung habe 6 zu 1 betragen, während sie auf dem letzten Kongress in Bristol nur etwas mehr als 3 zu 1 gewesen sei. Die Zustimmung der Regierung freudelichen Stimmenvon großer Bedeutung und werde die Stellung der Regierung stärken. Sie beweise von neuem, daß die Arbeiterklassen Englands von denselben Gefühlen und Strömungen beherrscht werden, wie die der Bevölkerung im allgemeinen. Die Regierung Lloyd Georges sei bei den Arbeitern offenbar beliebter, als die Asquiths, da sie mehr den Aspirationen des Volkes entspreche.

Ein englisches Blatt, die „Westminster Gazette“, schreibt in einer Auszählung unter der Überschrift „Die Arbeiter und der Krieg“: Die überwältigende Zustimmung, die auf der gestrigen Konferenz dem Schrift der Arbeitervertreter zum Anschluß an die Regierung erteilt wurde, bedeutet nicht, daß die Arbeiter sich dieser oder einer anderen Regierung zu verpflichten wünschen, sondern daß sie mit ganzem Herzen für die Fortführung des Krieges bis zum gerechten Schluß eintreten.

Wir halten — so schreibt unser Hamburger Parteiblatt — die Auslegung der „Westminster Gazette“ für ganz richtig, wie wir auch durch den Kongressbeschluss selbst keineswegs überrascht worden sind. Die Stellungnahme des Kongresses kann nur bei denen Enttäuschung hervorrufen, die sich daran gewöhnt haben, die englischen Verhältnisse nach dem Kriege, aber auch noch während dessen Dauer — von einigen unwandelbaren Angloamerikanen vorgeredet worden ist.

Jedes Jahr lehrte auf den Kongressen der Arbeiterpartei eine Resolution wieder, die die „Nationalisierung des Grund-eigentums“ und ähnliches forderte. Je nachdem die jeweils gewählten Ausdrücke schärfer oder unbestimmt waren, je nachdem die Majorität dafür größer oder kleiner war, wurde in einem erheblichen Teil der deutschen sozialdemokratischen Presse von einem Fortschritt des sozialistischen Gedankens in England gesprochen oder das Ergebnis dahin erläutert, daß zufällige Umstände einen nur ancheinenden Stillstand verursacht hätten. Die sehr einfache Wahrheit war jedoch immer, daß der Beschluss für sehr viele Kongreßteilnehmer nicht mehr bedeutete, als eine ganz unverbindliche Demonstration, ob der man teilnahm oder nicht teilnahm, wie eben gerade die Stimmung war. Jedenfalls wurden diesen Resolutionen keine praktischen Folgen gegeben.

Diese hätten vor allem in der Unterstützung und Kräftigung der sozialistischen Partei (oder Parteien) und in dem Eintreten für sozialistische Parlamentskandidaten bestehen müssen. Aber in beiderlei Hinsicht war seit langem ein Fortschreiten in England nicht zu beobachten.

Die sozialistische Partei stagnierte, und zwar in ihren beiden Zweigen, der Socialdemocratic Federation, die sich zuletzt British Socialdemocratic Party nannte, und der Independent Labour Party. Die erstgenannte hat es wohl kaum je auf mehr als 20 000 bis 25 000 Mitglieder gebracht, und wenn die andere zeitweise mehr Anhänger hatte, so doch gewiß nie eine überwältigende Zahl. Die Federation vertrat, wenn wir die bei uns vor dem Kriege übliche Terminologie anwenden können, die „radikale“ Richtung, während die Unabhängige Arbeiterpartei als „revisionistisch“ zu bezeichnen wäre. Beide aber waren sich darin gleich, daß sie trotz eiserner und uns mitunter in ihren Mitteln etwas seltsam anmutender Agitation die Massen nicht zu erlassen vermochten und daß sie, die eine mehr als die andere, zum guten Teil bürgerliche Elemente in sich schlossen, die aus idealen Motiven sich für den Sozialismus begeisterten. Das Arbeiterlement darin führte nicht, sondern ließ sich führen, wenn es auch manche tüchtige Männer stellte. Neben diesen beiden Organisationen besteht noch eine dritte, viel losere, die „Fabian Society“, die nicht eigentlich als politische Partei aufzufassen werden kann, sondern eine Vereinigung ist, die sich bestrebt, als solche und durch ihre einzelnen Glieder die bestehende Gesellschaft mit sozialistischen Ideen zu durchdringen. Die Fabian Society und die Independent Labour Party gehören kollektiv der Arbeiterpartei an, die jetzt in Manchester ihren Kongress hält, die Socialdemocratic Party aber nicht.

Was nun die sozialistischen Parlamentskandidaten (und Theoretiker) betrifft, so wurden diese in der Regel als Kandidaten der Arbeiterpartei aufgestellt. Sie konnten dabei wohl ein sozialistisches Programm ausspielen und mehr oder minder scharf betonen, ihre Wahl hing aber von Nichtsozialisten ab und sie traten nicht als Sozialisten, sondern als Mitglieder der Arbeiterfraktion ins Parlament. Die ohnehin eingesetzten mit der Arbeiterpartei aufgestellten Kandi-

daten der Socialdemocratic Party fielen regelmäßig durch — als Partei kandidaten. Allerdings führen ein oder zwei Mitglieder der Socialdemocratic Party im Unterhaus, aber sie sind von der Arbeiterfraktion aufgestellt und durchgesetzt worden. Nicht als Sozialisten wurden sie gewählt, sondern als Kandidaten der Arbeiterpartei.

Diese selbst ist ein ganz eigenartiges Gebilde. Streng genommen besteht sie nur aus der parlamentarischen Arbeiterpartei, d. h. der Arbeiterfraktion im Unterhaus, und dem parlamentarischen Komitee der Gewerkschaften, einem Ausschuß, der die Vertretung der Gewerkschaftsinteressen im Parlament zur Aufgabe hat. Die Gewerkschaften haben diesen Ausschuß niedergeschlagen, der wiederum alljährlich die Delegierten der Gewerkschaften zu einem Kongress der Arbeiterpartei zusammenberuft, wie der jetzt in Manchester tagende. Tatsächlich eine, auch nur moralische Bindung der Gewerkschaftsmitglieder für die Wahlen erfolgt dadurch aber nicht; sie können liberal oder konservativ stimmen, ohne sich etwas zu vergeben.

Bei diesen Verhältnissen kommt also auf dem Kongress der Arbeiterpartei nicht der Wunsch und Wille einer eigentlichen politischen Partei zum Ausdruck, sondern die Ansicht der Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf den Sozialismus und Internationalismus.

Wenn jetzt in Manchester mit so großer Mehrheit beschlossen wurde, das Eintreten von Henderson, Hodge und Barnes in das Ministerium Lloyd George zu billigen, so kommt darin zum Ausdruck, daß die englischen Arbeiter in ihrem durch die Gewerkschaften vertretenen Teil für die Fortsetzung des Krieges im Sinne von Lloyd George und Henderson, also bis zur vollen Überwindung Deutschlands, sind, und ferner, daß die Friedenspropaganda der Unabhängigen Arbeiterpartei, die besonders von McDonald geführt wird, fast ohne Einfluß auf die gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeiter gehalten ist. Das müssen wir, so antieb es uns auch ist, einfach als Tatsache hinnehmen.

Wie gesagt, uns hat der Beschluss nicht überrascht, und wie würden uns auch nicht wundern, wenn in den nächsten Tagen die übliche Resolution über die Nationalisierung von Grund und Boden mit derselben Mehrheit angenommen würde.

Die Erklärung liegt für den Beobachter der wirtschaftlichen englischen Verhältnisse, nicht der künstlich für den kontinentalen, insbesondere deutschen Gebrauch zurechtmachten, nahe genug. Der sozialistische Gedanke, und erst recht der Internationalismus, hat eben auf die kritische Arbeiterwelt einen geringen Einfluß, trotz aller Resolutionen und trotz aller Erklärungen auf internationalen Kongressen. Das konnte man wirklich schon lange genug wissen! Die praktische Betätigung internationaler Solidarität erreichte in England nie ein hohes Maß. In dieser Beziehung erinnern wir an die Debatten auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen, wo auf das fast vollständige Verbot einer englischen Hilfe bei dem schwedischen Generalstreik hingewiesen wurde. Ein englischer Gewerkschaftsführer entshuldigte das damit, daß die Statuten der Gewerkschaften Unterstützungen größerer Umfangs noch außen von einer Urabstimmung abhängig machen und diese viel Zeit brauchten. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß dann eben diese Statuten schon längst hätten geändert werden müssen. Aber geschehen ist auch seitdem nichts. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn die deutschen Gewerkschaften einmal eindeutig über ihre Bemühungen, mit den Engländern in ein bestimmtes Verhältnis zu kommen, und über den Erfolg berichten würden, sehr merkwürdige Dinge zum Vorhören kommen würden. Und da handelt es sich um die Gewerkschaften. Wie nun erst die große, unorganisierte Masse, namentlich der ungeliebten Arbeiter! Das über die Stellung zum Sozialismus und zum Internationalismus.

Aber die Stellung zum Krieg, der doch für England kein Verteidigungskrieg, sondern ein Krieg um die Herrschaft ist, woran nach der Entente und den Erfahrungen englischer Minister gar kein Zweifel sein kann. Die Stellung der englischen Arbeiterklasse ist einfach die der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes und durch dieselben Umstände bestimmt. Wie könnte es auch anders sein?

Vom Standpunkt des Nur-Gewerkschaftlers aus ist eine möglichst unerschütterte Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt die Gewähr für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Beschränkung des Absatzes, weil ein wirtschaftlicher Nebenbuhler mit vorteilhafteren Methoden und also billiger arbeitet, würde natürlich auf die Arbeitsgelegenheit und dadurch auf die Löhne drücken. Das ist sehr einfach und leichtet dem lediglich „praktischen“ Engländer ein. In diesem Sinne konnten auch die Arbeiter das bekannte Wort für sich gelten lassen: „Wenn Deutschland besiegt würde, gäbe es keinen Engländer, der dadurch nicht reicher würde.“ Dass es andere Lösungen gibt, daß z. B. schon die Annahme neuer Methoden Schutz bieten würde, wird bei der konservativen Gedankrichtung gar nicht ernst in Betracht gezogen. So bleibt es dabei, daß die Westmachtstellung Englands eine Fügung

Gottes ist, deren Früchte in größerer oder geringerer Fülle zu ernten jeder Engländer ein Anrecht hat, und für die er bis zum äußersten kämpfen muß, wenn es nötigt. Aus dieser Ansicht entspringt ganz natürlich ein grimmiger Zorn gegen jene außerhalb Englands, die das Vorrecht nicht anerkennen wollen. Der Einfluss der Presse tut das übrige.

Denn die englische Arbeiterklasse wird durchaus von der bürgerlich-kapitalistischen Presse geistig genährt. Die zwei sozialistischen Wochenblätter „Justice“ und „Labour Leader“ haben nur geringe Verbreitung, und zudem weniger unter den Arbeitern, als in den Mittelschichten; dabei war „Justice“ schon lange vor dem Kriege im Geiste Hyndmans geleitet, der ein entschiedener Gegner Deutschlands ist und längst eine gewaltige Vergrößerung der britischen Flotte zur Niederhaltung des künftigen Gegners befürwortet hat. Ein tägliches Blatt, das von bürgerlichen Journalisten für die Arbeiter in angeblich sozialistischem Sinne geschrieben wurde und das die Gewerkschaften viel Geld kostet hat, „Daily Citizen“, konnte nicht lebensfähig werden und ging im ersten Kriegsjahr ein; übrigens hatte es gegen die Deutschen eine Sprache geführt, die sich nicht sehr von der des Horatio Bottomley im „John Bull“ unterschied. Die bürgerlichen Blätter niedrigster Art sind die unter den englischen Arbeitern am meisten verbreitet, und wie sie den Krieg, seinen Ursprung und sein Ziel darstellen, das ist maßgebend für die Arbeiter.

Unter diesen Umständen mußte der Beschluss des Kongresses in Manchester so ausfallen, wie wir ihn vernommen haben. Nur für Illusionäre konnte er unerwartet kommen. Daß diese dadurch geheilt werden, glauben wir allerdings nicht. Aber wir halten es für angebracht, den deutschen Arbeitern zu sagen, wie die Dinge sind.

## Vom Tage.

Über die Kämpfe nördlich von Mitaui wird aus Berlin gemeldet: Am 24. Januar nahmen die Kämpfe weiter und nordwestlich Kalugens ihren Fortgang. Nach kräftiger Artillerievorbereitung stürmten wieder tapferen Offizieren und heldenmütigster Weise die russischen Stellungen. Letztere waren nicht, wie gewöhnlich in die Erde eingegraben, sondern des jumpigen Geländes wegen mit Hilfe von Baumstämmen und sonstigem Material auf dem bewachsenen Boden aufgebaut. Unsere Sturmkolonnen stießen bei weiterem Vordringen bald auf neue, sehr starke feindliche Kräfte, konnten jedoch nur langsam vorarbeiten. Sie gelangten unter Benutzung eines feindlichen Laufgrabens bis 3½ Kilometer nördlich Rohne und zwangen dadurch die Russen zum Ausweichen nach Norden. Unsere Linie folgt jetzt diesen Laufgräben und biegt dann in allgemeine östliche Richtung nach dem Ica-Flusse ab. Die Verluste der Russen waren, wie am Tage vorher, sehr groß. Wie die Gefangenen eines Regiments übereinstimmend aus sagen, waren von ihrem Regiment höchstens drei Offiziere und 400 Mann mit dem Leben davon. Der größte Teil des Regiments wurde durch die furchtbare Wirkung unserer Artillerie in ihren Stellungen verschüttet. Außerdem geben die Gefangenen noch an, daß sie zwei Tage lang nichts zu essen bekommen hatten und daß viele ihrer Kameraden meuterten. Rechts von der Ica hielten wir unsere Stellungen. Der Gegner griff sie an zwei verschiedenen Stellen fünfmal mit großer Heftigkeit an, wurde aber mit schweren Verlusten abgewiesen. Die Zahl des Gefangenen stieg auf 11 Offiziere, 1700 Mann.

Der „Südliche Inval“ schreibt zum russischen Neujahr über die Lage an der rumänischen Front: Nach dem Rückzug der russischen Truppen an den Seereth sucht der Feind den Durchbruch im Trotus-Tal zu erzwingen. Zwischen der Straße von Jocani und der Rimnicu-Mündung führte ein Vorstoß bis an das Serezh-Ufer, wo der Feind sehr starke Stellungen bezogen hat. Hier wird mit ungeheurer Hartnäckigkeit gekämpft, da die russische Heeresleitung keineswegs gewillt ist, die Serezh-Linie aufzugeben, wodurch mehr als die ganze Moldau verloren wäre.

Wie der „Berliner Bund“ berichtet, stehen die in die Verteidigung gedrängten rumänischen Kräfte am linken Serezh-Ufer fortgelegt unter starkem Feuer der Deutschen und Bulgaren. Die Störung der seitlichen und rückwärtigen Verbündungen der Russen am Serezh wird täglich stärker und macht die Verteidigung des Flußabschnitts immer schwieriger. Umarbeitbare rückwärtige Verbindungen für die am Buch und Serezh versammelten großen Armeen sind gegenwärtig kaum mehr vorhanden.

Telegramme aus Washington besagen, daß die Botschaft in den offiziellen und diplomatischen Kreisen keinen Eindruck gemacht habe. In Ententekreisen verbreitete sich der erste Eindruck zu einem Gefühl der Feindseligkeit. Man sagt voraus, daß die Botschaft in den Ländern der Entente noch stärker Stimmung gegen Amerika hervorruft werden. Eine Depesche der „New York World“ weist darauf hin, daß die englischen Diplomaten öffentlich beunruhigt über Wilsons Eintreten für die Freiheit des Meeres seien, besonders, daß Wilson, wie sie es ausdrücken, den

Frage der Beschränkung der Küstungen zur See den Vorstoss gegenüber der Beschränkung der Seere gelassen hat. Die englischen Diplomaten erklären, sie seien darin die Möglichkeit einer Gefährdung der traditionellen englischen Politik, die den Zweck-Macht-Standard der Seestreitkräfte für notwendig ansieht. Die Delegierte spricht auch von dem schlechten Eindruck, die die angeblich deutsch-freundlichen Sätze in der Rede in den Kreisen der Botschafter der Alliierten gemacht hätten. Die englische Diplomatie gab sogar zu, daß der erste Eindruck der Rede in England der sein werde, sie sei deutsch-freundlich.

In den Kreisen des Kongresses wurde die Rede von den Demokraten zustimmend aufgenommen. Viele drückten sich sogar sehr enthusiastisch aus.

Wilson's Botschaft wurde den amerikanischen Diplomaten in den kriegsführenden Ländern letzten Montag übertragen. Eine Delegierte des "Newark World" aus Washington meldet, in der Botschaft oder in den sie begleitenden Anweisungen über ihre Sicherstellung sei nichts enthalten, was eine Antwort nötig mache. Nichtsdestoweniger erwartet man von beiden Gruppen der Kriegsführenden irgendeine Antwort.

Wilson plant nach verschiedenen Meldungen eine neue Friedensaktion unmittelbar nach der Abstimmung im Senat. Nach einer Zeitungsmeldung soll Wilson beabsichtigen, an die Kriegsführenden mit dem bestimmten Anerbieten heranzutreten, einer von ihnen zu bildenden Friedensliga keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Unser Kopenhagener Parteiblatt „Sozialdemokraten“ schreibt: Die neutralen Länder haben Grund, mit der Art und Weise sehr unzufrieden zu sein, mit der England für alle Nachrichten, die von Amerika nach den neutralen Ländern Europas gehen, als Oberzentrum austritt. Die Friedensnote Wilsons erhielten wir in unvollständiger und schlechter Wiedergabe am ersten Tag nach der Veröffentlichung in der amerikanischen Presse. Gleichzeitig wurden Auszüge der Wilson feindlichen Presse Amerikas und der Chevalier-Presse Englands zur Note mitgeteilt. In gleicher Weise ging es mit der Friedensbotschaft Wilsons. Sie wurde Montag nachmittag 1 Uhr, nach unserer Zeitrechnung um 7 Uhr abends, gehalten. Wir erhielten das Telegramm aber erst Dienstag nachmittag unvollständig und schlecht wiedergegeben, wieder begleitet von chevalieristischen englischen Pressekommentaren. Wir wollen hiermit ganz offen legen, daß wir nicht wie Kinder behandelt zu werden wünschen, sondern als eine freie Nation erwachsen Männer und Frauen, die die Schriftsätze vorgelegt erhalten, wie sie sind. Sie wünscht sie zu lesen ohne Hilfe eines irreführenden Zeigefingers.

Auf der Konferenz der Arbeiterspartei in Manchester trat der Delegierte Kirkwood, einer der Munitionsarbeiter in Glasgow auf, die am Anfang derselben Jahres auf administrativem Wege wegen Vergehens gegen das Munitionsgesetz aus Glasgow entfernt worden waren, und verlangte unter lautem minutenlangem Beifall, nach Glasgow zurückzuführen zu dürfen. Er erzählte, daß er Lord George, bei dessen Besuch im Clyde-Bezirk Weihnachten 1916, ins Gesicht gelegt habe, daß die Arbeiter ihm nicht trauten, und daß alle seine Regierungshandlungen einen Begegnung vor Stauerei hätten. Die Arbeiterspartei beschloß einstimmig die bedingungslose Rückkehr der Deportierten zu fordern und sendete ein entzweites Telegramm an den Premierminister.

In einer Konferenz der radikalen Gruppen der Duma erklärte der Demokratische Konservat. daß die russischen Zustände im Reiche mit jedem Tag unerträglicher würden. Gegenwärtig haben sämtliche Dänen abgedankt der Opposition zu der direkten Polizeiausübung. Von der Dänen würden die Abgeordneten auf Stand und Tritt fortwährend überprüft. Sämtliche diesbezüglichen Berichte würden dem Ministerium des Innern eingehandelt. Auch das Russische der Demokratischen erfreue sich der eingehenden Beobachtung der politischen Polizei. Es habe persönlich feststellen können, daß die Polizei gegenwärtig auch mit besonderer Sorgf. nach einzigen Betriebsgründen der Abgeordneten forsche. All dieser Aktivität des Konservat. zeige deutlich, woher der innerpolitische Kampf führe. Man gewinne den Eindruck, als ob die Regierung entschlossen ist, alle aus ihren Handlungen entstehenden Konsequenzen zu tragen, und daß sie bereits heute mit den Kritikern rechte.

## Bon den Kriegsbeschwerden.

Die Kriegslage.

EINE Berlin, 26. Januar, abende. (Mittel.) Auf dem Befehl der Regierung wurden französische, an der Seine zuende eingetragene abgeschlagen.

Sitz, 26. Januar. (Mittel.)

### Deutscher Kriegsbericht.

Im Süßland des Heeresfront des Generalfeldmarschall Erzherzog Leopold wurde im Etappen-Tal ein russischer Vorstoß gemacht.

Ein russische Flieger kam am 25. d. M. bei Klimskoje ein russisches Flugzeug im September ab. Es ist bei der österreichisch-ungarischen Streitkräfte eines Fliegers.

Italienischer und italienischer Kriegsbericht.

Keine besondere Begebenheiten.

## Frankreich und Belg. u. R.

Die Armee im Kriege.

Der englische Heeresbericht vom 26. Januar sagt: Diese letzte Nachrichten berichten die Deutschen erneut einen Vordringen gegen russische Truppen bei Klimskoje im östlichen Bereich. Es handelt sich hier um den Sektor, der schon vorher mehrere russische Städte erobert hat.

Angesichts: Deutlicher Vorrang muss jedoch noch ein zweiter Kampf eingespielt werden zwischen den Deutschen und den Russen. Dieser zweite Kampf wird am 27. d. M. bei Klimskoje stattfinden. Der russische Flugzeugabsturz am 25. d. M. ist ein weiterer Angriff auf die russische Seite.

Am 26. Januar steht: Keine militärische Rücksicht auf den Feind zu nehmen ist auf dem östlichen Frontabschnitt. Deutliche Vorrang ist auf dem östlichen Frontabschnitt zu erkennen.

Der englische Heeresbericht vom 26. Januar: Die russischen Truppen in der Nähe von Klimskoje einen weiteren Vordringen gegen russische Truppen. Es handelt sich hier um einen weiteren Vorrang. Dieser zweite Vorrang ist eindeutig zu erkennen. Dieser zweite Vorrang ist eindeutig zu erkennen. Es handelt sich hier um einen weiteren Vorrang.

Die Artillerie war im Osten-Abschnitt besonders tätig. Wir antworteten wirkungsvoll. Wir unternahmen auch einen erfolgreichen Streitzug gegen feindliche Gräben östlich von Neuville St. Vaast. Starke Luftangriffe beiderseits. Ein feindliches Flugzeug wurde durch unsere Artillerie heruntergeschossen, vier andere zerstört, drei beschädigt und drei zur Landung gezwungen. Drei unserer Flugzeuge werden vermisst.

der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor der Stilllegung von Betrieben gehört werden müssen; ferner ein national-liberal-fortschrittlicher Antrag, in diesen Fällen unter Vorlegung des Materials den Reichstagsausschuss zu hören. — Ausführlicher Bericht folgt am Montag.

### Das Gefinderecht bleibt bestehen!

Die Petitionskommission des preußischen Landtages sprach sich gegen die Aufhebung der aus dem Jahre 1810 stammenden Gefinderechts aus, empfahl aber die Vornahme einer Revision dieser total veralteten Bestimmungen. Aber auch daraus wird nichts werden, denn ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte:

„Eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gefindes kann zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden. Die Gesellschaftslage gestattet es jetzt nicht, dem Gedanken einer Vereinheitlichung des Gefinderechts in Preußen näher zu treten, dessen Verwirklichung eine erhebliche gesetzgeberische Vorarbeit in sich schließen müßte. Die Prüfung der Angelegenheit muß vielmehr normalen Zeiten vorbehalten bleiben.“

### Die Tilgung der Kriegsschuld.

Abg. Gothein veröffentlicht in der „Hilfe“ einen sehr beachtenswerten Artikel über die Tilgung der Kriegsschuld. Daß diese Schuld nicht schwedend bleiben kann, sondern so rasch als möglich getilgt werden muß, darüber besteht Übereinstimmung. Wie groß die Schuld letzten Endes sein wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen, denn zu den Kriegsschulden des Reiches kommen noch die Auswendungen der Einzelstaaten und der Gemeinden. Herr Gothein sagt:

„All die Berechnungen, die vor anderthalb oder einem Jahr gemacht worden sind, wie der Friedensschluß die Lasten getragen werden sollen, die der Krieg uns hinterläßt, sind hinfällig geworden. Denn nicht nur die Schuldenlast des Reiches erhöht sich mit jedem weiteren Monat um zwei Milliarden Mark — und mit der verstärkten Waffen- und Munitionsherstellung und der Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes werden diese Kosten noch wachsen —, sondern auch die Renten an Hinterbliebene Gefallener wie an Kriegsbeschädigte steigen täglich mit deren zunehmender Zahl. Die allgemeine Teuerung, die zudem mit Kriegsende nicht gleich verschwinden wird, nötigt Reich wie Einzelstaaten und Gemeinden zu Teuerungszulagen an die Beamten. Dazu kommt, daß die Eisenbahnen nach Friedensschluß sehr beträchtliche Auswendungen für Erfah abgenutzt liegenden wie rollenden Materials machen müssen; denn dessen Anspruchnahme während des Krieges ist ganz außergewöhnlich, und an Reparaturarbeiten wird jetzt nur das gemacht, was unumstößlich ist. Einzelstaaten wie Gemeinden sind während des Krieges schließlich ebenfalls genötigt, Geld zu borgen, und je länger der Krieg dauert umso mehr. Mit Friedensschluß muß die Ansiedelwirtschaft ein Ende nehmen, müssen Zinsen und Tilgung aus laufenden Einnahmen bestritten werden, und diese müssen durch direkte und indirekte Steuern, Verkehrszabatten und Zölle vom Volk aufgebracht werden. Reichsmopole — deren Erträge übrigens ganz enorm überschätzt werden — sind letzten Endes auch indirekte Steuern.“

Zur Deckung empfiehlt Abg. Gothein Steuern auf Kohle und sonstige Kraftquellen, ferner eine Kartellsteuer, die Zwangskartelle zur Vorverteilung haben würde und endlich eine einmalige starke Vermögenssteuer. Diese Abgabe wäre zu staffeln und hätte zu beginnen mit 5 v. H. bei Vermögen von 1000 Mark — und mit großen Vermögen bis auf 25 v. H. anzusteigen. Diese Vermögensabgabe würde einen Ertrag von 45 Milliarden ergeben, bei einem steuerlich fahrbaren Vermögen von 300 Milliarden Mark. Das Reich würde damit von vornherein pro Jahr zweieinhalf Milliarden an Zinsen sparen. — Damit wären abr noch immer nicht die Kriegsschulden des Reiches völlig getilgt und die Auswendungen an Versorgungsgebühren, die mit vier Milliarden im Jahre eher zu niedrig als zu hoch eingeschätzt werden dürften, werden nach wie vor aus laufenden Steuermitteln gedeckt werden müssen.

### Oesterreich-Ungarn.

ZWANZIG JAHRE AUSGLEICH. Nach übereinstimmenden Meldungen der großen Nachrichtenpresse steht der Abschluß des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn für zwanzig Jahre bevor. Wenn die weiteren Mitteilungen über den Inhalt des Ausgleichs zutreffen — und das ist sehr wahrscheinlich — so wird er in Oesterreich sehr wenig Freude erwecken.

Danach soll der ungarische Beitrag zu dem gemeinsamen Ausgaben, der das vorige Mal mit 10 und 14 Prozent erhöht worden war, im Laufe dieser 20 Jahre wieder auf 34 Prozent abgebaut werden, während das Verhältnis der Volkszahl ungefähr das von 60 : 40 Prozent, das des politischen und wirtschaftlichen Einflusses aber mindestens das umgekehrte ist. Die im Jahre 1902 ganz kolossal erhöhte Viehzölle soll erheblich erhöht werden, was die trübsten Aussichten für den Erfolg der enormen Verringerung der Viehbestände und für die Fleischernährung nach dem Kriege eröffnet, aber natürlich den ungarischen Viehzüchtern sehr millionen sein wird. Obgleich nach allen Zeugnissen Ungarn unglaublich weniger für die österreichische Volksernährung tut, als es tun könnte, wird Ungarn dies auch für die Massen seines eigenen Volkes als „Entschädigung“ durchzusetzen verstanden haben. Zur Beleidigung wird in dazu äußerlich offiziösen Verlautbarungen im „Berliner Tageblatt“ gesagt, daß die Erhöhung der Viehzölle im autonomen Bosnien nicht maßgebend sei, sondern das seien erst die Sätze in den zu vereinbarten Handelsverträgen. Davon sagt man aber nichts, was es für Handelsverträge sein werden, die man mit dem Hochschulzoll im Norden wird vereinbaren können! Weiter heißt es, daß die früher unmöglich gewesene Einfuhr lebender Schweine den Bedürfnissen entsprechend möglich sein wird. Diese Schweine können logischerweise nur vom Balkan kommen, also durch Ungarn, das handelspolitisch im Sinne der eigenen Schweinezüchter verwaltet wird. Nun werden sie ein Bedürfnis nach der Einfuhr lebender Schweine haben? Dafür aber bietet Oesterreich, wie angedeutet wird, eine Kompenstation auf dem Gebiete der Eisenbahntarife. Die Sache liegt nämlich so, daß der einzige Triumph, den Oesterreich in der Hand hat, die durch österreichisches Gebiet führende Eisenbahnverbindung zwischen Ungarn und Deutschland ist. So kurz diese Strecke ist, so kostet man dort durch ihre Tarife, wenn man wollte, auf ungarische Plantereien anzuwenden. Da aber die jetzige k. k. Regierung bekanntlich an die Stelle Körbers trat, der den Städteausgleich nicht schließen wollte, so ist es schon möglich, daß sie dies Mittel aus der Hand gibt. Von irgend einer Mitwirkung des Reichsrates bei der Gesetzesmerding, oder wie der österreichische Ausdruck lautet: „Preisetzung“ des Ausgleichs ist mit keinem Wort die Rede. Er wird schon so sein, daß man ihn im Reichsrat schwerlich bringen würde!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Eine Einschätzung des Jugendzwangswanges bevorsteht?

Unsere Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat vor langerer Zeit an das preußische Kriegsministerium eine Eingabe gerichtet, in der alle die Gründe dargelegt werden, die vom wirtschaftlichen, sozialen und erziehungsrechtlichen Standpunkte aus eine sofortige Aufhebung des von einem Generalstabskommando verfügten Sparzwanges und der beladenen Jugendarrestes als geboten erscheinen lassen. Das Kriegsministerium hat nun darauf geantwortet — so lesen wir in der „Arbeiter-Jugend“ —, daß unter dem 15. November 1916 eine ergänzende Verfügung an diestellvertretenden Generalstabskommandos ergangen ist, wonach die Maßnahmen des Sparzwanges nur auf solche Jugendliche angewendet werden sollen, deren Verbrechen eine Strafe in einem oder mehreren Jahren verbüßen soll, die in der jugendlichen Rücksicht eine zweite Strafe verbüßen müssen.

Es liegt auf die übrigen Jugendarresten heißt es in der Antwort des Kriegsministeriums, daß die Beleidigung der Viehzölle nicht maßgebend sei, sondern das seien erst die Sätze in den zu vereinbarten Handelsverträgen. Davon sagt man aber nichts, was es für Handelsverträge sein werden, die man mit dem Hochschulzoll im Norden wird vereinbaren können! Weiter heißt es, daß die früher unmöglich gewesene Einfuhr lebender Schweine den Bedürfnissen entsprechend möglich sein wird. Diese Schweine können logischerweise nur vom Balkan kommen, also durch Ungarn, das handelspolitisch im Sinne der eigenen Schweinezüchter verwaltet wird. Nun werden sie ein Bedürfnis nach der Einfuhr lebender Schweine haben? Dafür aber bietet Oesterreich, wie angedeutet wird, eine Kompenstation auf dem Gebiete der Eisenbahntarife. Die Sache liegt nämlich so, daß der einzige

Triumph, den Oesterreich in der Hand hat, die durch österreichisches Gebiet führende Eisenbahnverbindung zwischen Ungarn und Deutschland ist. So kurz diese Strecke ist, so kostet man dort durch ihre Tarife, wenn man wollte, auf ungarische Plantereien anzuwenden. Da aber die jetzige k. k. Regierung bekanntlich an die Stelle Körbers trat, der den Städteausgleich nicht schließen wollte, so ist es schon möglich, daß sie dies Mittel aus der Hand gibt. Von irgend einer Mitwirkung des Reichsrates bei der Gesetzesmerding, oder wie der österreichische Ausdruck lautet: „Preisetzung“ des Ausgleichs ist mit keinem Wort die Rede. Er wird schon so sein, daß man ihn im Reichsrat schwerlich bringen würde!

# Das Elberfeld und den Nachbargebieten.

Sonntagsblatt, 27. Januar.

Die Bürgerschaft hielt gestern abend eine sehr kurze Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand nur ein Senatsantrag auf Erweiterung der Gefangenstdauer der §§ 1a und 1b der Verordnung betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Ausfahrt von Schiffen. Ohne Debatte gefangene die Vorlage einstimmig zur Annahme. Vorher wurde beschlossen, demnächst eine besondere Bürgerschaftssitzung zur Erörterung der Ernährungsfragen abzuhalten. Herr Konst. Dünne sprach sich gegen diese Sitzung aus, die eher beunruhigend als beruhigend auf die Bevölkerung einwirken würde. Für eine solche Ausprache sei der nichtöffentliche Bürgerausschuss die geeignete Stelle. Auf den entgegengesetzten Standpunkt stellten sich die Herren Albers, Thiele, v. Brocken und Genosse Stelling, die gerade eine öffentliche Beratung dieser wichtigen Angelegenheit für dringend notwendig hielten und erwarteten, daß dabei auch Verbesserungsvorschläge kommen würden. Genosse Stelling betonte noch, daß in weiteren Kreisen der Bevölkerung darüber Unwillen bestehet, daß ungesührte Strafbefehle an Leute ergangen sind, die sich schon am Sonntag auf die Brotkarte der nächsten Woche Brot kaufen resp. die dieses verkaufen. Das müsse auch kritisiert werden.

Was das wirklich nötig? In der Bürgerschaftssitzung vom 1. Dezember vor Jahres hat Genosse Stelling darauf aufmerksam gemacht, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die mit ihrer Brotration nicht bis zum Montag der kommenden Woche reichten und deshalb sich bemühten, schon am Sonntag auf die erste vom andern Tag ab gültige Brotkarte Gebück zu erhalten, mit einer Strafe bedroht worden seien. Die Verkäufer sollten ebenfalls in Strafe genommen werden. Genosse Stelling hob hervor, daß niemand durch die Verordnungsübertretung geschädigt worden ist, weder der Staat, noch die Brot- und Mehlspeisestelle, noch der Verkäufer oder der Käufer; deshalb ersuchte er das Polizeiamt dringend, von einer Bestrafung der Leute Abstand zu nehmen. Letzter ist die Behörde diesem Wunsche nicht gefolgt. Anstatt die Betroffenen zu verwarnen, hat man ihnen Strafmandate ins Haus gesetzt. Da es sich um viele Hunderte von Fällen handelt, so ist den Beamten des Gerichts, die doch schon überlastet sein sollen, dadurch eine weitere umfangreiche Arbeit aufgebürdet worden, die man besser hätte vermeiden können. Wer sind nun die Bestraften? Zum größten Teile gehören sie den arbeitenden Kreisen an oder es sind Kriegerfamilien, die von ihrer Unterstützung leben müssen. Sie trifft die Strafe auch dann sehr schwer, wenn sie nur 3 Ml. und 120 Ml. Gebühr, also 4,20 Ml. beträgt. Bei den heutigen teuren Zeiten spielt diese Summe für die Ernährung eine nicht unerhebliche Rolle und sie einer Familie entziehen, bedeutet eine weitere Verstärkung der Lebenshaltung. Im Falle der Nichtbezahlung der Geldstrafe ist Gefängnis angedroht. Will man wirklich wegen einer solchen Bagatelle eine Frau ins Gefängnis bringen, deren Mann in den Säuglingsgräben das Land mit seinem Leben vor dem Feinde schützt?! Wenn man auch die Handlungweise der Leute, die gegen die Verordnung verstießen, nicht billigt, so muß man doch wohl ihren Motiven Verständnis entgegenbringen und sollte, wie schon Stelling seinerzeit in der Bürgerschaft betonte, alles vermeiden, was Delira Feuer gießen bedeutet. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Senat Mittel und Wege findet, um einen Straferlass in den in Frage kommenden Fällen herbeizuführen.

Die Preise für Schuh-Ausbeutungen. Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 25. Januar wird die Ausbeutung von Schuhwaren einer ähnlichen Preisbefreiung unterworfen, wie sie schon bisher für den Verkauf solcher Waren galt. Von einer Heftsetzung von Höchstpreisen wurde mit Rücksicht auf die Verschiedenheit des Materials und auf die örtlichen Schwankungen der Ohne abgesehen. Für die Preisberechnung sind lediglich die Beschaffungskosten, einen angemessenen Teil der allgemeinen Umsätze und einen angemessenen Gewinn einzuschließen darin, sind die von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise aufgestellten Richtsätze maßgebend. Die Angaben über Reparaturpreise und ihre Berechnung sind im Laufe auszuführen. Außerdem in der ausgebesserten Ware ein mit der Bezeichnung der Firma oder des Namens des Uebernehmers der Reparatur versehener Begleitschein beizufügen, woraus die Art der Ausbeutung und der berechnete Preis, sowie die Zeit der Ausbeutung (Jahr und Monat) zu ersehen sind. Bei Vermutung übermäßiger Preissförderung kann eine schiedsgerichtliche Entscheidung des Preises beantragt werden. Das Schiedsgericht ist das gleiche, das auch die Streitigkeiten über die Verkaufspreise von Schuhwaren entscheidet. (S. 6 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkaufen von Schuhwaren vom 28. September 1916.) Auch Anprüfung und Verfahren sind in derselben Weise geregelt, wie in der genannten Verordnung.

Arbeitsleistung nichtmilitärischer Angehöriger feindlicher Staaten. Derstellvertretende Kommandierende General hat für den Bereich des I. Armeekorps folgendes verordnet: Nichtmilitärischen Angehörigen feindlicher Staaten wird verboten, ihren rechtlich obliegenden Arbeitsleistungen ohne hinreichenden Grund zu verzögern. Darüber, ob die Weigerung hinreichend begründet sei, entscheiden die Verwaltungsbehörden und zwar in dem preußischen Teil des Korpsbereichs: in Stadtbezirken die Polizeiverwaltung, in Landkreisen die Landräte, an die Stelle der Polizeiverwaltung bezügl. der Landräte tritt: 1. in den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz die Großherzoglichen Ministerien; 2. im Groß. Oldenb. Fürstentum Lübeck; die Groß. Regierung in Cöln; 3. in den Hansestädten Hamburg, Bremen, Lübeck: a) die Polizeibehörde Hamburg, b) die Polizeidirektion Bremen, c) das Polizeiamt Lübeck.

Jahresbericht des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Zweigverein Lübeck, für 1916. Während wir in den dem Kriege vorausgehenden Jahren eine grühere Arbeitslosigkeit hatten, die zu Beginn des Krieges noch zunahm, ja daß eine Notstandsunterstützung nötig war, trat im Jahre 1916 ein völliger Umsturz ein. Es gab so viel Arbeit, daß alle verfügbaren Kräfte gebraucht wurden. Im Winter haben wir sogar auf Wunsch der Unternehmer, aber auch wegen der herrschenden Teuerung, bei gelegentlich Licht und Heizung die neuinhaltstümliche Arbeitszeit beobachtet. Die Teuerungszeitlage, die wir im Sommer beobachten, ist heute schon völlig unzureichend. Wir traten in das Jahr 1916 mit 437 Mitgliedern ein. Im Laufe des Jahres sind 19 Kollegen dem Verband beigetreten, 12 wurden vom Militär entlassen, abgereist sind 12, gestorben 7, zum Heeresdienst eingezogen 61, wegen rücksichtiger Beiträge gestrichen 3. Am Schlusse des Jahres hatten wir noch 385 Mitglieder. Im ganzen sind bis jetzt 636 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen, wovon 62 gefallen und 5 über ein halbes Jahr vernichtet sind. Die Einzahlung der Hauptfasse beträgt 20 875,05 Ml. In dieser Summe steht ein Zuschuß aus Hamburg von 8400 Ml. Ausgegeben hat die Hauptkasse am Ort: für Sterbeunterstützung 1675 Ml., für Krankenunterstützung 2512 Ml., für Arbeitslosenunterstützung 462,45 Ml. und für Unterstützung an unsere Kriegergenossen 896,11 Ml. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen belief sich also auf 18 614,55 Ml. Die Zulassung nahm 6276,56 Ml. ein und gab 5195,03 Ml. aus. Sie hat einen Kasenbestand von 1081,53 Ml. Viel junges Blut ruht in fremder Erde. Möge den teuren Gefallenen die Erde leicht sein und die treuernden Angehörigen in dem Gedanken Trost finden, daß es hat so sein müssen, um Deutschlands Kraft und Einheit zu erhalten und zu festigen. Rügen über auch die im Felde ~~gefallen~~ Gefallenen, daß der Verband, der ihnen

in diesem unseligen Kriege treu zur Seite gestanden hat, ihnen auch ferner eine Stütze sein wird. Was wir Alten in der Heimat treu verwalten, das soll weiterblühen für die jüngeren Kollegen, die an den Fronten tapfer kämpfen und für die wir alle auf ein Wiedersehen hoffen.

40 Gramm Auslandsbutter zum Preis von 29 Pfz. sowie 40 Gramm Margarine gelangen in der kommenden Woche auf den betriebsvertrag des Lebensmittelbüches zur Abgabe.

Die Ausgabe von Zusatzkarten für Kinder unter einem Jahre und schwangere Frauen bildet den Gegenstand zweier Bekanntmachungen des Polizeiamtes, die in der heutigen Ausgabe unseres Blattes veröffentlicht werden und auf die wir hier besonders hinweisen möchten.

Vor der Reichsbekleidungsstelle werden regelmäßig Mitteilungen herausgegeben, die alle Bekanntmachungen und Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle enthalten und dadurch ein Aufklärungsblatt für das ganze Textil- und Schuhwarengewerbe sind. Bekanntlich werden von der Handelskammer entgegengenommen.

Feldpostsendungen an Heeresangehörige, deren Postversorgung österreichisch-ungarischen Feldpostämtern obliegt, werden vielfach fehlgeleitet und verzögert, weil die Feldpostanstalten in der Briefaufschrift lediglich mit „Feldpost Nr. . . .“ bezeichnet sind und hierdurch mit deutschen Feldpostanstalten, die die gleichen Nummern führen, verwechselt werden. Den Absendern wird in ihrem und der Empfänger Interesse dringend empfohlen, in der Aufschrift solcher Sendungen die österreichisch-ungarische Feldpostanstalt richtig und vollständig mit „A. u. A. (oder österreichisch-ungarisches) Feldpostamt Nr. . . .“ anzugeben.

Verbrauch von Kartoffeln. Der Ausschuss für Kriegshilfe macht wiederholte darauf aufmerksam, daß von den Kartoffeln, welche sich in den Privathaushalten befinden, auf den Markt täglich nicht mehr als ein halbes Pfund verbraucht werden dürfen. Nur Schwerarbeiter, welche im Besitz einer Brotwurstkarte über 2 Pfund sich befinden, dürfen 1,4 Pfund täglich für sich verbrauchen. Wer mehr Kartoffeln verbraucht und infolgedessen seinen Brot vorzeitig erschöpft, kann auf Erfaz nicht rechnen. Diesbezügliche Anträge müssen im Interesse der Sicherung der Allgemeinversorgung abgelehnt werden.

19 deutsche Anstaltsverbundete kommen heute abend (25.12.) aus russischer Gefangenschaft über Sachsen auf dem heutigen Bahnhof an. Wie herzlich willkommen und wünschen ihnen größtmögliche Heilung von ihren Wunden.

Spende für deutsche Soldatenheimen und Kriechenheime. In diesen Heimen finden, wie wir uns freuen, unsere tapferen Kämpfer Ruhe und Erholung nach schweren Tagen, sie eilen am einfachen gedeckten Tisch, sie können ungehört schreiben und lesen. Hier empfinden sie nicht mehr die lange trübe Winterzeit und vergessen fast im gemütlichen Heim in der Fremde zu sein. — So erwacht ein unendlicher Segen aus diesen Soldatenheimen und wie in der Heimat wollen unsere Dankeskinder an unsere Feldgrauen abtragen, indem wir mit großen und kleinen Gaben zu diesem Liebeswerk unterstützen.

Vortragssender der Oberstabschörde. Von der Messung des elektrischen Stromes auf elektrolytischem Wege handelt der dritte Vortrag, den Herr Prof. Dr. Brügel im Physikzimmer des Gymnasiums hält. In einer Reihe praktischer Vorführungen, zum Teil im vergleichenden Maßstab durch Projektionsbild, wurden die verschiedenen Metallschließhülsen gezeigt, die zur Messung des Stromverbrauchs dienen können und dienten. Mit der zunehmenden Verwendungsmöglichkeit der Elektrizität und deren Führung an den Abnehmern war von selbst die Notwendigkeit genauer Messung für Erzeuger und Verbraucher gegeben. Eine verdiente Industrie verbessert deshalb fortwährend ihre Technik und sucht sie zu vereinfachen. Zum ersten Zähler dieser Art, dem von Edison, Jernier vom Zinkvoltmeterzähler, Kupferzähler, Kratzgazähler, Quetschzähler wurden Beispiele gegeben, denen allen große Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Ein Mittel gegen das Beschlagen der Brillengläser. Der „Frankfurter Zeitung“ wird geschrieben: Für die befreite Menschheit sind mit dem Eintritt des Frostwinters auch die Tage wiedergekommen, in denen sie durch das Beschlagen der Augengläser zu leiden hat. Es ist für die Brillenträger eine unangenehme Sache, in einen Raum zu treten und zunächst völlig hilflos wie ein Blinder sich vorwärts zu tappen, oder aber mit Flammen Händen die Brille vom Gesicht nehmen zu müssen, um sie trocken und daher unzulänglich zu reinigen und mühsam wieder auf die Nase zu bringen. Diejenigen wird ein ebenso billiges wie begrenztes Mittel zur Hilfe dieses Übels willkommen sein: Man denkt daran, eine Minute vor Betreten des warmen Raumes den Augengläsern bereits die Trübung künstlich beizubringen, die sie sonst drinnen erfahren. Man hält die Hand geöffnet vor das Gesicht und haucht dahinter etwa fünf oder sechsmal stark aus, sodass die warme Luft gezogen wird, wieder und wieder gegen die Gläser zu schlagen. Die Folge ist, daß diese sich abwechselnd trüben und wieder klären und schließlich beim Eintritt in den Raum keinerlei nachteilige Wirkung mehr spüren, sondern völlig klar bleiben.

Stadttheater. Der wiederholten Einladung seitens des Oberkommandos der 6. Armee, mit der Oper des Lübecker Stadttheaters in Lille und Douai Gastvorstellungen zu geben, hat die Direktion mit Zustimmung der Theaterbehörde entsprochen und wird Anfang Mai — nach Schluss der Spielzeit — mit dem Opernpersonal in den beiden genannten Städten gastieren. — Bis Schluss der Spielzeit wird es in Oper und Schauspiel noch manche Neuheiten und Neuerfindungen geben. „Der Herr Dandolo“, komische Oper von Siegel, wird in Lübeck die Uraufführung erleben. „Stella maris“, Oper von Kajet, kommt bereits im Februar heraus. Dazwischen werden „Figaro Hochzeit“, „Wolfsburg“ und „Fra Diavolo“ vollständig neu eingespielt. Im Schauspiel wird die nämliche Neuheit „Madame Legros“ sein, ein Drama von Heinrich Mann. Danach folgen „Wie es auch geht“ von Shakespeare, mit der Musik von Hermann Hans Weiler, „Die Troerinnen des Euripides“, 2. Werke von Wildgans, „Armut“ und „Liebe“. Neuerfindet werden „Agnes Bernauer“ von Hebbel und „Rose Bernd“ (mit Lucie Höflich als Gast) von Hauptmann. — Der polizeilichen Verfügung gemäß werden die Vorstellungen im Lübecker Stadttheater durchschnittlich um 7½ Uhr beginnen. Große klassische Werke, deren Spielzeit über 3 Stunden übersteigt, werden um 7 Uhr beginnen.

Spieldaten des Stadttheaters. Sonntag: „Der fliegende Holländer“. Dienstag: „Egmont“. Mittwoch: „Die Csardasfürstin“. Donnerstag: „Figaro Hochzeit“. Freitag: „Die Jüdin“. Sonnabend: Gaspiel des Hamburger Deutschen Schauspielhauses: „Adam, Eva und die Säule“. Schauspiel von Eger. Sonntag nachmittag: „Kahale und Liebe“, abends: „Figaro Hochzeit“.

Lauenburg. Verbot des Selbstbutters. Der Kreisausschuss des Kreises Lauenburg hat die Einführung des Molkereizwanges und das Verbot des Selbstbutters vom 1. Februar ab angeordnet. Hierauf haben alle Molkereihalter mit drei oder mehr Kühen und auch die am Ende einer Molkerei befindlichen mit nur zwei Kühen ihre Vollmilch restlos an die nächstgelegene lauenburgische Molkerei abzuliefern. Der Vorstand des Kreisausschusses kann jedoch nach seinem Ermeilen die unmittelbare Lieferung von Vollmilch nach Hamburg, Lübeck, Altona, Barmbek, sowie die Abgabe von Vollmilch auf Vollmilch-Bezugsläden der Ablieferung an eine Molkerei gleichsetzen und auch Lieferung nach auswärtigen oder Abgabe auf Vollmilch-Bezugsläden ordnen oder untersagen. Der eigene Bedarf der Milchzüchter ist für die zu ihrer Wirtschaft gehörigen Personen auf 12 Liter Vollmilch für den Kopf und Tag begrenzt worden. Der Ausschuss des Kreises Steinburg hat das Schilderung darüber angeordnet, indem er das Selbstbutter minder freigegeben hat. Im Interesse einer rationellen

Berücksichtigung der Allgemeinheit wäre zu wünschen, daß endlich einmal Einheitlichkeit in den behördlichen Normierungen erzielt würde.

Hamburg. Das Briesenärricht verhandelte in seiner letzten Sitzung am 5. Januar über den holländischen Dampfer „Verkelstraat“, der mit einer Ladung Stückgut von Amsterdam nach London unterwegs war und am 24. April 1916 wegen Beförderung von Barmiere von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden ist. Wegen auseinandergehender Ansichten über die Bewertung eines Teils der Ladung, der mit dem Schiffe untergegangen ist, konnte der Gerichtshof nicht zur Entscheidung kommen, infolgedessen die Urteilsverfügung zunächst auf den 15. und dann auf den 26. Januar ausgeschoben wurde. Gestern gab das Gericht in öffentlicher Sitzung bekannt, daß die Beschlagsnahme und Zerstörung des Dampfers nicht gebilligt werden könne, obwohl genugende Ursachen für seine Vernichtung vorgelegen hätten. Der Schaden sei zu ersetzen. Die Höhe der Entschädigung soll später festgesetzt werden.

Schwerin. Drei Knaben beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Ein Unfall hat sich Donnerstag auf dem Eis des nahe bei Schwerin gelegenen Bielatal-Sees zugegriffen. Dort ließen am Spätnachmittag drei größere Knaben auf unstillbarem Eis Schlittschuh. Alle drei brachen ein und ertranken. Bremen. Polizeilich aufgelöst wurde in Bremen die „Kunst-Gilde“. Die Gründe für diese Maßnahme sind nicht bekannt.

## Theater und Musik.

Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltet am Sonntag nachmittag im Stadttheater eine Aufführung des Schauspiels „Die Warschauer Stadtelle“ von Gabryela Zapolska. Dieses Stück der polnischen Dichterin, das gegenwärtig erfolgreich über alle größeren deutschen Bühnen geht, ist ein Tendenziell beiter Art: es richtet sich scharf gegen die vom zaristischen Russland geübten Methoden zur Niederkunft aller geistigen und politischen Erfreilungen in den von ihm unterdrückten fremden Völkern. In fünf realistisch gezeichneten, von innerer Wahrheit erfüllten Bühnenbildern werden dem Zuschauer die düsteren Schrecken des russischen Verwaltungssystems vor Augen geführt, das jeder Menschlichkeit höhn spricht. Die Warschauer Stadtelle ist das Symbol der Zwangsherrschaft, die die Russen gegen das patriotisch führende Polen erüttelt hat. Die Gestalt der Anna Lasogga ist das gesetzte, leidende Leben selbst, das, wie alle anderen und Völker der Erde, nach Wahrung ihrer persönlichen individuellen Rechte strebt. Nicht geht vor Recht, jede Macht ist unsichtbar, das ist so ungerührt der Letztagen, der durch das Schauspiel geht. Der arme polnische Student Kazimir Gorski, die einzige Stütze seiner Mutter und Schwester, war in der Warschauer Stadtelle wegen Beteiligung an der polnischen Propaganda enttarnt. Mit seinen politischen Idealen hatte er die junge Anna Lasogga entflammmt und ihr Herz gewonnen. In der Einsicht verlor er sich in Sorge um Mutter und Schwester, und der Chef der polnischen Polizei machte sich dies zunutze, entließ ihn nach einjähriger Haft, nachdem er ihm das Ehrenwort abgenommen, sich nie wieder an der Propaganda zu beteiligen. So ist er ein anderer geworden, als er vorher war, seinen Freunden, seiner Braut ein Fremder, innerlich gebrochen und mit sich selbst zerfallen. In den Abenteuern mit einer Kälnerin sucht er Vergessenheit, aber das wird sein Verhängnis. Doch auch ein russischer Offizier stellt dem Mädchen nach und will den Kälnerin beisteiten, indem er seine Freiheit gegen die Russen eintauscht. Wohl sieht sich seine Unschuld heraus, aber seine Freiheit wird dabei des Vergehens überführt, dessen er selbst besticht war. Er wird frei, sie muss nach Sibirien. Da erwacht in ihm der alte revolutionäre Trost wieder, den er schon verloren zu haben glaubte, in wildem Schok lehnt er sich gegen die brutale Polizeigewalt auf, deren eiserne Faust nun von neuem zusätzt, um ihn nicht noch einmal loszulassen.

So ist in ganz großen Augen die Handlung des Schauspiels, das an packenden Szenen und dramatischen Effekten reich ist. Es ist sicher anzunehmen, daß gerade das Publikum des Arbeiterbildungsviertels, das am Sonntag nachmittag das Theater füllen wird, für das Schauspiel das größte Verständnis besitzt. Da es ein ernstes Werk ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß Heiterkeit an der unzähligen Stellen förend und Hummungszerreißend wirkt und deshalb unterbleiben muß. Vor allen Dingen ist aber das möglichst frühzeitige Erscheinen aller Besucher erforderlich, denn Nachgänger sind hier gerade die unangemessenen Störenfriede.

Bemerkt sei, daß heute abend bei der Verlobung im Gewerbeschiffhaus noch Eintrittskarten zu haben sind.

## Neuele Nachrichten.

Bremen, 27. Januar. Genosse Heinrich Weißer, der leitende Redakteur des „Parteiblattes“ in Bremen, ist, 58jährig, gestorben. In ihm verliert die Partei einen tüchtigen Mitarbeiter.

Budapest, 26. Januar. Nach einer Meldung der „Rambona“ aus Sosia findet zwischen der französischen und der russischen Regierung in der Angelegenheit des zukünftigen Schlosses Rumäniens ein reger Depeschenwechsel statt. Die Verhandlungen wurden auf Griechen Rumäniens von Griechen eingelegt, weil die russische Regierung ihren früheren Standpunkt über Rumänien in allen wesentlichen Fragen völlig geändert hat.

Bern, 26. Januar. Wie der „Bund“ erzählt, hat der Bundesrat beschlossen, probeweise je 100 französische und deutsche Familienväter (Mitarbeiter), die sich 18 Monate und länger in Kriegsgefangenschaft befinden und Väter von mindestens drei Kindern sind, zur Internierung in der Schweiz zugelassen. Es handelt sich um den Beginn der Verwirklichung eines humanitären Werkes, das von Deutschland und Frankreich warm befürwortet worden ist.

Kopenhagen, 26. Januar. Die Kopenhagener Geheimpolizei erhielt von dem italienischen Legationssekretär Catalani die Mitteilung, daß ihm gestern auf dem Wege nach der italienischen Gesandtschaft ein großer Briefumschlag mit sehr wichtigen Papieren, darunter Briebe und Aktenstücke über Verhandlungen mit fremden Mächten, abhanden gekommen sei. Die Geheimpolizei versucht festzustellen, ob die Schriftstücke gefälscht oder verloren wurden. Catalani hat eine Belohnung für die Herbeiführung der Papiere ausgesetzt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: T. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gesetzte Nummern des „Volksboten“ bitten wir nicht wegzuerufen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteidokument zu werben.

## Bekanntmachung über die Ausgabe von Zusatzbrotkarten für Kinder unter einem Jahre.

1. Für die nächsten drei Monate, vom 29. Januar bis zum 29. April 1917, werden für Kinder unter einem Jahre Zusatzbrotkarten über wöchentlich 1 Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben. Das Alter der Kinder ist durch Geburtschein, Taufchein, Amputationschein oder sonstige Urkunde nachzuweisen. Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelbuch vorzulegen.

2. Wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat, sind die Zusatzbrotkarten für die auf den Geburtstag folgende Zeit an die zuständigen Ausgabestellen zu überliefern. Nur wenn diese Rücklieferung dem Kinde alsdann eine Hauptbrotkarte erteilt.

3. Die Zusatzbrotkarten werden ausgegeben vom 30. Januar ab während der üblichen Geschäftsstunden

a) in der Stadt und den Vorstädten in der Ausgabestelle des Polizeiamts, Königstraße Nr. 69,

b) im Einigemeindungsgebiet durch die zuständigen Polizeiwachen,

c) im Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Ein Anspruch auf Bewilligung der Zusatzbrotkarten besteht in keinem Falle.

5. Wer den mit der Ausgabe der Brotmarken betrauten Beamten oder Angestellten des Polizeiamts oder den Gemeindevorständen gegenüber unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 26. Januar 1917. (7188)

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung über die Ausgabe von Zusatzbrotkarten an schwangere Frauen.

1. Für die nächsten drei Monate, vom 29. Januar bis zum 29. April 1917, werden für schwangere Frauen Zusatzbrotkarten über wöchentlich 1 Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben.

2. Berechtigt zum Bezug der Zusatzbrotkarten sind schwangere Frauen vom 5. Monat der Schwangerschaft ab, die hierüber eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebammenvorlage.

Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelbuch vorzulegen.

3. Die Zusatzbrotkarten werden vom 30. Januar ab während der üblichen Geschäftsstunden ausgegeben und zwar:

a) für die Stadt und die Vorstädte mit Ausnahme der unteren aufzuführenden neuen Stadtteile in der Ausgabestelle des Polizeiamts, Königstraße Nr. 69,

b) für die neuen Stadtteile Travemünde, Rüschendorf, Schleswig-Siemens-Dammtor, Woltberg mit Gennin und Gunzenhusen durch die Polizeiwachen,

c) in den Landgemeinden durch die Gemeindevorstände.

4. Wer unrichtige Bekanntmachungen ausübt oder unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 26. Januar 1917. (7189)

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Butter.

Zur Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 1917 gelangen allen Margarine, ausnahmsweise Auslandsbutter zur Ausgabe. Es dürfen in dieser Zeit abgegeben und entnommen werden:

1. Auf Stück mit J II des Lebensmittelbuches nur 40 Gramm Auslandbutter.

2. auf Stück mit L I des Lebensmittelbuches nur 40 Gramm Margarine.

3. auf jedes Butterbeutel nur 2/3 der höchstzulässiger Bruttomenge, und zwar 4 Teile in Auslandsbutter und 4 Teile in Margarine.

4. auf den qualifizierten Hälften ist der Zusatzbrotkarte für Margarine nur 40 Gramm Margarine.

Der Margarinepreis für 40 Gramm Auslandsbutter ist auf 20 Pf. festgesetzt.

Auslandsbutterkunden werden auf Grund des § 35 der Bundesversicherungsordnung über Spritze vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder zu einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 26. Januar 1917. (7190)

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Bei Grund der Bekanntmachung über Eier vom 12. August 1916 wird hiermit erneuert:

Der Abstand 6 der Eiertaxe hat den 29. Januar bis einschl. 21. Februar 1917 Gültigkeit; es dürfen nur in zweiter Reihe nicht mehr als zwei Eier abgetrennt und entnommen werden. Der Abstand darf nur von dem Reibstein abgenommen werden. Die Gültigkeit des § 3 der 1. der ersten Bekanntmachung betrifft den Zeitraum vom 1. Oktober 1916, 12 Uhr bis zu befreien. Sonderbestimmungen werden getroffen.

Lübeck, den 27. Januar 1917. (7191)

**Das Postamt.**



Den Heldentod fürs Vaterland starb  
der Ofenheizer der Gaswerke

# Otto Olsson.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Lübeck, den 27. Januar 1917.

Die Beamten und Arbeiter  
der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.  
I. A.: Hase, Direktor,

# Aufruf für die deutschen Soldatenheime und Marineheime.

Heer, Marine und Heimat sind in der Schule des Kriegs zu einer unauflösblichen Einheit zusammengefasst worden. Während draußen die lebendige Natur mit Gottes Hilfe und mit Siegfriedskraft dem Aufstehen der Feinde steht, während weit jenseits unserer Grenzen Deutschlands Jähnen vorwärts getragen werden, währen sich daheim Tag und Nacht schaffende Hände, um für alles zu sorgen, was der deutsche Bruder draußen im Felde und auf See braucht.

So ist es jetzt und so soll es bleiben! Ein deutsches Volk, fest und innig verbunden. Ein Bindeglied zwischen Heer und Heimat sind

## die deutschen Soldatenheime und die deutschen Marineheime

In Ost und West, Nord und Süd.

In besetzten Gebieten, an der Front und in der Heimat, im Krieg und im Frieden sollen sie der deutschen Wehrmacht, die fern von Haus und Hof, fern von den Lieben daheim im Dienst des Vaterlandes steht, ein Stück deutscher Heimat, eine Stätte des Schutzes und der Erholung bilden. Von der Obersten deutschen Heeresleitung ist anerkannt worden, daß die seelischen und körperlichen Wohlbefinden, welche der einzelne Soldat in diesen Heimen genießt, der Schlagnachkraft der Truppe im ganzen zugute kommen.

Das wertvolle Gut der deutschen Soldatenheime, das der Krieg uns erst in seiner vollen Bedeutung hat erkennen lassen, soll uns während des Krieges, aber auch im Waffenstillstand und im Frieden erhalten bleiben.

Hilft uns, überall, wo deutsche Soldaten stehen, deutsche Soldatenheime bauen!

„Die Fähne aufrichter gereissen, aber die Herzen und die Hände weit auf, so wollen wir hinter unsern Feldgrauen stehen, ein Mann und ein Volk.“

Der Ehren-Ausschuß:

Wittauische Kindenburg  
geb. am 18.11.1889

dauernde Mitgliedschaft  
Herr. von Heynich

Franz von Bülow  
geb. von Kracht

Margaretha Kudendorff

## Freifrau von Wangenheim

Ortsausschuß des Verbandes Vaterländischer Frauen-Vereine im Staate Lübeck:

Frau Minna Behn, Geheimer Regierungsrat Bielefeld, Frau Helene Boldemann, Ferdinand Boldemann, Frau Pastor Carstensen-Genin, Frau Dr. Göhr, Frau von Heynich, Landesrat Illing, Vice-Admiral Ahne, Hans Lange, Frau Auguste Niemann-Schlüter, Frau Dr. Paeppler, Frau Senator Possehl, H. G. B. Radbruch, Medizinalrat Dr. Riedel, Direktor John Rehder, Martha Rösing, Frau Senator Strack, Bertha Stolzenfohl, Frau Senator Dr. Vermehren, Johs. Westphal, Frau Dr. Wiedmann, Frau Professor Zillisch.



## Arbeiter-Turnverein Lübeck.

Am 27. Januar starb unser langjähriges, trübes Mitglied

### Carl Neitzke.

Der Verstorben war und immer ein liebes treues Mitglied und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahrt. (7144)

#### Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Dienstag 30. Januar, nachmittags 3 Uhr auf dem Vorwerf Friedhof statt.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebre Mutter 7151

### Chätrina Giesenhausen

geb. Steffen am Freitag, d. 26. Januar im vollendeten 74. Lebensjahr läufig erschossen in Lübeck d. 27. Januar 1917. Carl Giesenhausen u. Frau

o. Fritz.

Ad. Steffen und Frau geb.

Giesenhausen Berlin.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 31. Jan., nachm. 1½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerf Friedhof aus.

7140)

Zahn-Praxis (7127)  
WILLY KOCH

Lübeck, Holstenstr. 21, L

## Ordentliche Generalversammlung der Seefahrer - Zuschußstasse

(kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit)

frühere einrichtende Sitzung (Nr. 16)

am Sonntag, dem 11. Februar 1917, nachmittags 4 Uhr

bei Herrn Jürß, Gürtelstraße Nr. 59.

Z.-O.: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 der Statuten besonders aufmerksam.

Der Vorstand.

7140)

## Hansa-Theater.

Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3½ u. abends 7 Uhr:

### Zwei große Doppelvorstellungen

zu einfachen Preisen. (7125)

1. Teil: Auftreten erstklassiger Spezialitäten.

2. Teil: Polnische Wirtschaft.

Oncette in 3 Akten von Max Winterfeld (J. Gilbert).

## Carl Folkers Möbelmagazin

25. Marlesgrube 25.

### Knochenverkauf.

Montag, d. 29. Januar 1917

9.15-12.00-12.30-1.00-1.30-1.45-2.00-2.15-2.30-2.45-3.00-3.15-3.30-3.45-4.00-4.15-4.30-4.45-5.00-5.15-5.30-5.45-6.00-6.15-6.30-6.45-7.00-7.15-7.30-7.45-8.00-8.15-8.30-8.45-9.00-9.15-9.30-9.45-10.00-10.15-10.30-10.45-11.00-11.15-11.30-11.45-12.00-12.15-12.30-12.45-1.00-1.15-1.30-1.45-1.50-1.55-1.58-1.59-1.60-1.61-1.62-1.63-1.64-1.65-1.66-1.67-1.68-1.69-1.70-1.71-1.72-1.73-1.74-1.75-1.76-1.77-1.78-1.79-1.80-1.81-1.82-1.83-1.84-1.85-1.86-1.87-1.88-1.89-1.90-1.91-1.92-1.93-1.94-1.95-1.96-1.97-1.98-1.99-1.00-1.01-1.02-1.03-1.04-1.05-1.06-1.07-1.08-1.09-1.10-1.11-1.12-1.13-1.14-1.15-1.16-1.17-1.18-1.19-1.20-1.21-1.22-1.23-1.24-1.25-1.26-1.27-1.28-1.29-1.30-1.31-1.32-1.33-1.34-1.35-1.36-1.37-1.38-1.39-1.40-1.41-1.42-1.43-1.44-1.45-1.46-1.47-1.48-1.49-1.50-1.51-1.52-1.53-1.54-1.55-1.56-1.57-1.58-1.59-1.60-1.61-1.62-1.63-1.64-1.65-1.66-1.67-1.68-1.69-1.70-1.71-1.72-1.73-1.74-1.75-1.76-1.77-1.78-1.79-1.80-1.81-1.82-1.83-1.84-1.85-1.86-1.87-1.88-1.89-1.90-1.91-1.92-1.93-1.94-1.95-1.96-1.97-1.98-1.99-1.00-1.01-1.02-1.03-1.04-1.05-1.06-1.07-1.08-1.09-1.10-1.11-1.12-1.13-1.14-1.15-1.16-1.17-1.18-1.19-1.20-1.21-1.22-1.23-1.24-1.25-1.26-1.27-1.28-1.29-1.30-1.31-1.32-1.33-1.34-1.35-1.36-1.37-1.38-1.39-1.40-1.41-1.42-1.43-1.44-1.45-1.46-1.47-1.48-1.49-1.50-1.51-1.52-1.53-1.54-1.55-1.56-1.57-1.58-1.59-1.60-1.61-1.62-1.63-1.64-1.65-1.66-1.67-1.68-1.69-1.70-1.71-1.72-1.73-1.74-1.75-1.76-1.77-1.78-1.79-1.80-1.81-1.82-1.83-1.84-1.85-1.86-1.87-1.88-1.89-1.90-1.91-1.92-1.93-1.94-1.95-1.96-1.97-1.98-1.99-1.00-1.01-1.02-1.03-1.04-1.05-1.06-1.07-1.08-1.09-1.10-1.11-1.12-1.13-1.14-1.15-1.16-1.17-1.18-1.19-1.20-1.21-1.22-1.23-1.24-1.25-1.26-1.27-1.28-1.29-1.30-1.31-1.32-1.33-1.34-1.35-1.36-1.37-1.38-1.39-1.40-1.41-1.42-1.43-1.44-1.45-1.46-1.47-1.48-1.49-1.50-1.51-1.52-1.53-1.54-1.55-1.5



